September 2019

Neues aus dem Landtag für die Region Landshut

Helmut Radlmeier

FÜR UNS IM LANDTAG

CSU

Thema des Monats: **Verbesserung der Verkehrssituation**

MdL Radlmeier im Staatlichen Bauamt – Wichtige Straßenbauprojekte besprochen

Ob Planung oder Bau: Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier und der Leiter des Bereiches Straßenbau am Staatlichen Bauamt Landshut, Robert Bayerstorfer (r.), hatten viele Straßenbauprojekte zu besprechen.

Landshut. Der Landshuter Stimmkreisabgeordnete Helmut Radlmeier bot bei seinem Antrittsbesuch dem neuen Leiter des Bereichs Straßenbau im Staatlichen Bauamt, Robert Bayerstorfer, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Der Landtagsabgeordnete besprach mit dem neuen Mann an der Spitze des Straßenbaus zudem die aktuellen Projekte in der Region.

Ein langes Kennenlernen war nicht notwendig: Bayerstorfer und Radlmeier hatten bereits des Öfteren zusammengearbeitet, da Bayerstorfer zuvor schon im Staatlichen Bauamt und im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr tätig war. Dadurch konnten die beiden gleich in die Thematik einsteigen und wichtige Straßenbauprojekte für die Region Landshut besprechen. Das Großprojekt ist dabei die Weiterführung der B 15neu. Radlmeier betonte vor allem die Bedeutung des Brückenschlags von der A 92 über die Isar zur LA 14s. „Die Weiterführung der B 15neu an dieser Stelle ist verkehrlich hochwirksam für den Landshuter Osten und die Konrad-Adenauerstraße. Dieser Abschnitt ist zwar kurz, bringt aber viel", bestätigte Bayerstorfer. Die sehr aufwendigen Planungen würden mit Hochdruck, aber auch mit der gebotenen Genauigkeit vorangetrieben.

Voran geht es auch bei einem anderen Projekt im Landkreis Landshut: Die verkehrsgeplagten Anwohner der B299 in Weihmichl und Arth sollen durch eine Ortsumfahrung entlastet werden. Man sei aktuell im Planfeststellungsverfahren, so Bayerstorfer. Das Verfahren wolle man möglichst zügig abschließen, um Baureife zu erlangen. Die Entlastung und Entschärfung weiterer Brennpunkte sprach daraufhin Radlmeier an. Zum einen diskutierten der Abgeordnete und Bayerstorfer die B 299-Kreuzung auf Höhe der Justizvollzugsanstalt Berggrub. Hier plant das Staatliche Bauamt, eine Brücke über die Bundesstraße zu bauen, um die Situation wesentlich zu verbessern. Ein weiteres großes Anliegen war Radlmeier die unfallträchtige Kreuzung der B 15alt auf Höhe der Ortschaft Martinshaun. Der Anschluss der B 15neu an die A 92 noch in diesem Jahr werde zwar das Verkehrsaufkommen an der Kreuzung zurückgehen lassen. Radlmeier sprach sich aber für eine weitere Entschärfung, etwa durch eine größere Geschwindigkeitsbegrenzung, aus.

Mittel erhöht

Andere Straßenbauprojekte sind dagegen bereits im vollen Gange, wie Bayerstorfer schilderte. So komme man bei der Sanierung der Staatsstraße 2330 durch Thann und Vatersdorf in der Gemeinde Buch gut voran. Ebenfalls zur Sprache kam die Verbesserung der Lärmsituation für die Ergoldinger Bürger an der B 15alt.

Deutlich wurde, dass all diese Projekte in der Region Landshut viel Geld kosten. Es sei deshalb gut, dass der Landtag die Mittel für den Bau und den Erhalt der Staatsstraßen in Bayern erhöht habe, zeigte sich Bayerstorfer dankbar.

Fragen, Anregungen oder Anliegen? Einfach melden bei:

Helmut Radlmeier

Freyung 618, 84028 Landshut
Telefon: 0871 96633572, Fax 96633576
✉ buero@helmut-radlmeier.de
www.helmut-radlmeier.de

Manches lässt sich am besten im vertraulichen, persönlichen Gespräch klären.

September 23 Montag

Nutzen Sie dazu die nächste Bürgersprechstunde am Montag, 23.09.2019, 10 - 11 Uhr

Folgen Sie mir auf Facebook:

facebook.com/Radlmeier.Helmut

V.i.S.d.P.: Helmut Radlmeier, MdL, Freyung 618, 84028 Landshut

Es geht voran

Jahresgespräch von Landtagsabgeordnetem Radlmeier und Landrat Dreier

Auch wenn man sich nahezu im Wochentakt trifft: Einmal im Jahr nehmen sich der Landtagsabgeordnete Helmut Radlmeier (CSU) und Landrat Peter Dreier (FW) die Zeit, wichtige Projekte für die Region Landshut in Ruhe durchzusprechen. Beim schon fast traditionellen Jahresgespräch zeigte sich, dass man mit der gemeinsamen Agenda wieder gut vorangekommen ist.

Beim letzten Jahresgespräch hatte Landrat Peter Dreier den Landtagsabgeordneten Helmut Radlmeier um Unterstützung bei der Bewilligung einer zusätzlichen Stelle für die Untere Naturschutzbehörde am Landratsamt gebeten. Der Hintergrund der Bitte: Die Untere Naturschutzbehörde ist mit nur zwei Planstellen seit Jahren unterbesetzt. Die Mitarbeiter sind bei Genehmigungen von Straßen, Leitungstrassen, Hochwasserschutzmaßnahmen und Wohngebieten beteiligt. Nachdem die Einwohnerzahlen im Landkreis aber stetig wachsen und auch große Infrastrukturprojekte anstehen, steigt auch die Zahl der Vorgänge, bei denen die Naturschutzbehörde eingebunden ist. Die Zusammenarbeit zwischen Landrat und Landtagsabgeordneten war mittlerweile erfolgreich: Die Verstärkung ist bewilligt und soll voraussichtlich zum 1.10. die Arbeit aufnehmen.

Fortschritte erkennbar

Gleiches gilt bekanntermaßen für den Hebammenstudiengang an der Hochschule Landshut, für den sich beide im letzten Jahr stark gemacht hatten. Die Planungen für den Start des Studiengangs laufen auf Hochtouren. Wie wichtig der Studiengang als Standortfaktor werden kann, zeigen die aktuellen Entwicklungen am Krankenhaus Vilsbiburg: Nicht nur dort werden Hebammen dringend gesucht.

Auch bei einem weiteren Projekt gibt es Fortschritte: Die Verkehrspolizei Landshut und die Autobahnpolizeistation in Wörth haben den Wunsch geäußert, an einen neuen Standort in Nähe des Kreuzes B 15neu und der A 92 verlagert zu werden. Dieses Anliegen hat Dreier im Gespräch mit dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann weiter vorangetrieben, Radlmeier hatte Minister und Landrat den Kontakt vermittelt. Ein geeignetes Grundstück in der Marktgemeinde Essenbach konnte in unmittelbarer Nähe zur künftigen Integrierten Leitstelle (ILS) und dem neuen Landratsamt bereits gefunden werden. Der Kreisausschuss hat den Verkauf bereits abgesegnet, der Freistaat könne also nun in die weiteren Planungen einsteigen, so Dreier.

Trafen sich zum Jahresgespräch: Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier und Landrat Peter Dreier.

Verbesserung von Versorgung und Vorsorge

MdL Radlmeier im Gespräch mit Katja Krug von der Gesundheitsregion Plus

Die Projekte der Landshuter Gesundheitsregion Plus stellte Geschäftsstellenleiterin Katja Krug dem Landtagsabgeordneten Helmut Radlmeier vor.

Landshut. Ausbau der medizinischen Versorgung, Verbesserung der Prävention, engere Vernetzung: Das sind die Ziele der vom Freistaat geförderten „Gesundheitsregionen Plus". Seit einem Jahr sind auch Stadt und Landkreis Landshut eine solche Region. Von Geschäftsstellenleiterin Katja Krug erfuhr der Landshuter Landtagsabgeordnete Helmut Radlmeier (CSU), wie es mit diesem Projekt vorangeht.

Mit den „Gesundheitsregionen Plus" will der Freistaat die medizinische Versorgung und Prävention durch regionale Netzwerke weiter verbessern. Durch die Bündelung der vorhandenen Ansätze sollen Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte genutzt werden. Die zentrale Anlaufstelle für die Region Landshut ist dabei die Geschäftsstelle, die im Landratsamt beheimatet ist. Geschäftsstellenleiterin Katja Krug erläuterte im Gespräch mit Helmut Radlmeier ihr primäres Tätigkeitsfeld: „Meine Aufgabe ist es, die regionalen Akteure im Gesundheitswesen zu vernetzen". Was einfach klingt, ist in Wahrheit zunächst eine Mammutaufgabe: Wie in den 49 anderen Gesundheitsregionen in Bayern, gibt es auch in Stadt und Landkreis Landshut zahlreiche Vereine, Verbände, Krankenkassen, Anbieter und Organisationen, die in den unterschiedlichen Teilgebieten der Gesundheitswirtschaft tätig sind. Da muss zuerst Ordnung rein und herausgefunden werden, welche Themen den Akteuren am wichtigsten sind.

Erste Projekte in Planung

Dies geschah durch eine sogenannte Schlüsselakteurs-Befragung im Frühjahr. Dabei wurden von den Organisationen und Anbietern Erwartungen an die neue Gesundheitsregion zielgerichtet abgefragt. Ziel des Fragebogens war es auch, Problemstellungen zu identifizieren und Ideen einzuholen. Der Rücklauf dazu sei sehr gut gewesen, berichtete Krug erfreut. Aus den Rückmeldungen wurden Schwerpunkte gebildet, die die Gesundheitsregion Plus zuerst anpacken soll. Die konkrete Umsetzung erfolgt durch die Akteure, wie die Krankenhäuser der Region oder die Wohlfahrtsverbände, die in regelmäßigen Abständen im Rahmen eines Gesundheitsforums zusammenkommen. „Kopf" ist dabei eine regionale Steuerungsgruppe. Für die einzelnen Teilbereiche wiederum gibt es spezielle Arbeitsgruppen. Koordiniert wird die Zusammenarbeit von der Geschäftsstelle.

Wasserstoffregion Landshut

Über das große Potenzial von Wasserstoff in der Region Landshut sprachen Ulrich Dirr vom Verein Wasserstoffregion Landshut und Stimmkreisabgeordneter Helmut Radlmeier.

CSU Eching

Die CSU Eching nominierte Michael Penker einstimmig zu ihrem Bürgermeisterkandidaten.

Kaniber auf der Altdorfer Wiesn

Unterstützt von Helmut Radlmeier konnte die CSU Altdorf um Bürgermeister Helmut Maier (r.) mit Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber wieder einen Hochkaräter für die Altdorfer Wiesn gewinnen. Neben zahlreichen Vertretern der CSU-Verbände waren auch Kreisvorsitzender Florian Oßner (2.v.r.) und Landtagsabgeordnete Petra Loibl mit dabei.

CSU Ergolding

Für die CSU Ergolding steigt Martina Hammerl als Bürgermeisterkandidatin in den Ring.

Staatsminister in Landshut

Auf Einladung der CSU Landshut sprach Kunstminister Bernd Sibler mit Vertretern der Landshuter Kunstszene über die „Zukunftsperspektiven von Kunst und Kultur in Landshut".

CSU Neufahrn

Die CSU-Ortsverbände Neufahrn und Winklsaß wählten Brigitta Appelt zu ihrer Kandidatin für die Bürgermeisterwahl 2020.

Antibiotika-Resistenzen

Der Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen ist eine drängende gesundheitspolitische Aufgabe. Die CSU-Landtagsfraktion hat hierzu ein Bündel von Vorschlägen erarbeitet.

Es geht vor allem darum, die Antibiotika-Produktion, deren Hauptstandort aktuell Asien ist, zu bedeutenden Teilen wieder nach Europa zurückzuholen. Mittlerweile werden über 80% der in Deutschland verarbeiteten Zwischenprodukte, die die Grundlage für die Antibiotikaproduktion bilden, und Antibiotikawirkstoffe aus Nicht-EU-Ländern importiert. Das führt zu einer wirtschaftlichen Abhängigkeit und stellt die Patientensicherheit in Frage. Zudem wären Lieferengpässe im europäischen Kontext leichter zu managen.
Flankierend soll die Einhaltung von Umweltstandards bei der Produktion von Antibiotika sichergestellt werden, die auch für Arzneimittel-Importe etwa aus Indien gelten sollen. Ziel ist es hierbei dafür zu sorgen, dass keine Antibiotikawirkstoffe aus Produktionsanlagen ins Wasser gelangen und sich so multiresistente Keime bilden können. Ein weiteres Ziel ist es, bei der Produktion von Lebensmitteln den Antibiotikaeinsatz so weit wie möglich zu reduzieren.
Zudem sollen verschiedene Studien gefördert werden, in denen erforscht wird, wie sich der Antibiotika-Einsatz in der Humanmedizin reduzieren lässt, etwa durch sogenannte Phagen oder naturheilkundliche Medikamente und Anwendungen.

Startschuss Mobilfunk

Sechs Gemeinden haben erfolgreich die ersten Förderschritte durchlaufen, von den Netzbetreibern Vorschläge für mögliche Standorte erhalten und können ihre Projekte nun mit gesicherter staatlicher Unterstützung angehen.

Unter den sechs Gemeinden ist mit Bayerbach auch eine Gemeinde aus dem Stimmkreis Landshut. Im Rahmen des bayerischen Förderprogramms haben bereits 394 bayerische Gemeinden ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet. Die Markterkundung brachte in 193 Fällen zu Tage, dass in Gemeinden mit weißen Flecken demnächst ohnehin von den Mobilfunkunternehmen ausgebaut wird. Aber auch ohne weiße Flecken bekamen 51 Gemeinden den eigenwirtschaftlichen Mobilfunkausbau zugesagt.

Das Förderprogramm sieht vor, die Kosten für Masten, Fundamente und Leerrohre, also die so genannte passive Infrastruktur, mit bis zu 80 Prozent zu fördern. Die Mobilfunkbetreiber mieten die Standorte und installieren dort ihre modernen LTE-Sendeanlagen. Gemeinden, die zum Raum mit besonderem Handlungsbedarf gehören, können sogar bis zu 90 Prozent gefördert werden. Das Programm sieht einen Förderhöchstbetrag von 500.000 Euro je Gemeinde vor. Dafür stehen 20 Millionen Euro pro Jahr an Fördermitteln bereit.

Unter der Rubrik „Radlmeiers Nachschlag" gibt Helmut Radlmeier seine ganz persönliche Sicht zu einem aktuellen Thema wieder.

Radlmeiers Nachschlag: Welche Steuer hätten's denn gern?

(Foto: Pixabay)

CO_2-Steuer, Fleischsteuer, Reichensteuer: Nicht nur bei Wahlen haben die Grünen der SPD den Rang abgelaufen. Nein, auch bei der einstigen Lieblingsbeschäftigung der Genossen sind die Ökos mittlerweile führend. Woche für Woche wird eine neue Steuer gefordert. Einmal ist es die CO_2-Steuer. Die soll den Verbrauch von CO_2 reduzieren und Deutschland endlich klimafreundlich machen. Nette Theorie. In der Praxis aber geht sie zulasten derer, die sich nicht mal auf die Schnelle ein schickes E-Auto leisten können oder die lange für eine neue, effizientere Heizung sparen müssten. Gerade Familien im ländlichen Raum wären betroffen. Das ist unsozial und daher mit der Christlich-Sozialen Union nicht zu machen.

Auch eine weitere Steuer können sich die Grünen vorstellen: Fleisch soll steuerlich verteuert werden. Der Grill soll künftig dadurch öfters ausbleiben und damit das Klima gerettet werden. So einfach ist es natürlich nicht und das behauptet – hoffentlich – auch niemand. Der „Sinn" soll sein, dass das Tierwohl gefördert wird – an sich eine gute Sache. Aber dadurch würde den Tieren nicht geholfen. Billig-Hack würde um 50 Cent teurer, Biofleisch aber um mehrere Euro. Was wird wohl der Verbraucher dann auch künftig und wahrscheinlich noch mehr kaufen? Richtig: Das Billigere. Den Tieren bringt eine Fleischsteuer also nichts, auch nicht den Landwirten. Und dem Verbraucher schon gar nicht.

Klar: Klima- und Umweltschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Statt aber immer mehr und höhere Steuern und Regulierung und Verboten sollte man lieber auf Anreize setzen, etwa Zuschüsse für den Austausch von alten Ölheizungen oder günstigere Bahntickets.
Man darf gespannt sein, welche neue Steuern nach Meinung der Grünen noch alles so eingeführt werden sollen. Hoffentlich liest von denen niemand diese Zeilen, sonst kommt demnächst noch die Grillsteuer…
Wie ist Ihre Meinung dazu?
Schreiben Sie mir:
helmut.radlmeier@csu-landtag.de